

KG: Wegfall der Prüfungspflicht des Auftragnehmers gemäß § 4 Nr. 3 VOB/B bei Spezialkenntnissen des Auftraggebers?

Entscheidung vom 23.12.2008 - 27 U 62/08

Die Prüfungspflicht gemäß § 4 Nr. 3 VOB/B, die ein Ausfluss der Erfolgshaftung des Werkunternehmers ist, kann allenfalls dann wegfallen, wenn der Auftraggeber über besondere, dem Werkunternehmer eventuell sogar überlegene Spezialkenntnisse verfügt.

OLG Jena: Sicherung des Nachunternehmerwerklohns bei Insolvenz des Auftraggebers

Entscheidung vom 31.07.2008 - 1 U 381/07

Verspricht ein Hauptauftraggeber, der Formkaufmann im Sinne des § 6 Abs. 1 HGB ist, gegenüber einem die Bauarbeiten koordinierenden Bauleiter, dass er in jedem Fall die Leistungen der Nachunternehmer am Bauvorhaben in voller Höhe vergüten und er dafür eintreten werde, dass für die Zahlung der Werklohnforderung eingestanden wird, begründet dies einen eigenständigen Anspruch auf Zahlung für den Nachunternehmer.

OLG Hamm: § 648a BGB a.F. - Fristsetzung und Nachfristsetzung in einem Schreiben?

Entscheidung vom 25.11.2008 - 19 U 89/08

1. Das Sicherungsverlangen des Unternehmers nach § 648a BGB ist bei Streit über Mängel der Werkleistung erst dann verwerflich, wenn er damit berechnete Ansprüche des Bestellers abwehren will und das Sicherungsverlangen nur als Vehikel dazu verwendet.
2. Die Nachfrist zur Herbeiführung der Wirkungen des § 643 Satz 2 BGB kann gleichzeitig mit der Frist zur Leistung der Sicherheit gemäß § 648a Abs. 1 Satz 1 BGB gesetzt werden.

BGH: BGH - Rechtliche Qualifikation der Bau-Arbeitsgemeinschaft

Entscheidung vom 21.01.2009 - Xa ARZ 273/08

1. Zu den Voraussetzungen einer Gerichtsstandsbestimmung nach § 36 Abs. 1 Nr. 3 analog i.V.m. Abs. 2 ZPO.
2. Die Unterbrechung des Rechtsstreits gemäß § 240 Abs. 1 ZPO infolge der Insolvenz eines Beklagten hindert die Gerichtsstandsbestimmung durch das im Rechtszug zunächst höhere Gericht nicht.
3. Eine Bau-ARGE ist ohne anderslautende sichere Anhaltspunkte als GbR zu qualifizieren.



OLG Düsseldorf: Vereinbarung eines Festpreises schließt Preisanpassungen regelmäßig aus

Entscheidung vom 19.12.2008 - 23 U 48/08

In der Vereinbarung eines Festpreises liegt eine stillschweigende Übernahme des Risikos von Leistungerschwerungen durch Erhöhung der Selbstkosten im Sinne einer Preisgarantie, die einen Anspruch des Auftragnehmers aus § 313 Abs. 1 BGB auf Anpassung des Vertrags regelmäßig ausschließt.

OLG Schleswig/BGH: Haftet der Zahlungsbürge auch für „Nachtragsansprüche“?

Entscheidung vom 21.02.2008 - 5 U 122/05

Die Haftung eines Zahlungsbürgen umfasst auch Ansprüche des Auftragnehmers wegen Leistungsänderungen und -anordnungen bei VOB/B-Bauverträgen gemäß § 1 Nr. 3, 4 Satz 1 VOB/B.

